

Der Schul-Wahn

16 Bundesländer, 16 verschiedene Schulmodelle: Deutschlands **Bildungssystem** zerfällt in Kleinstaaterei. Wer stoppt das endlich und kämpft für eine einheitliche Lösung?

Der Zwischenruf aus Berlin von **HANS-ULRICH JÖRGES**

Nirgendwo steht die deutsche Politik so frontal gegen das Volk wie in der Bildung. Schüler, Eltern und Lehrer leiden unisono unter einem Schulsystem, wie es sich in derart irrwitziger Zersplitterung kein zweiter Industriestaat auf Erden leistet. Mehr als 60 Prozent der Deutschen fordern eine zentrale, bundeseinheitliche Bildungspolitik. Mutmaßlich 100 Prozent teilen die Erkenntnis, dass Bildung der Rohstoff der Zukunft ist.

Kein Land ist darauf – in Zeiten hart umkämpfter globaler Märkte und ehrgeiziger junger Mächte wie China und Indien – so existenziell angewiesen wie diese rohstoffarme Exportnation, das Land der Ingenieure und Wissenschaftler, der Erfinder und Tüftler.

Doch wenn Wissen Macht bedeutet, Fortschritt und Wohlstand, dann dämmert Deutschland der Ohnmacht entgegen.

Denn die deutsche Bildungslandschaft ähnelt einem Puzzle des Eigensinns, einem Flickenteppich der Kuriositäten. Keines der 16 Bundesländer betreibt ein Schulsystem, das vollständig identisch ist mit dem eines zweiten. Eltern, die aus beruflichen Gründen den Wohnort wechseln und dabei Ländergrenzen überschreiten müssen, setzen ihre Kinder einem Schock des Systemwechsels aus, der für deren Zukunft verheerend sein kann. Und: Die Systeme driften immer weiter auseinander. Die Bildungsreformitis der Länder gebiert stets neue Varianten des Speziellen. Der Blick fürs Gemeinsame, fürs Verbindende, fürs Zukunftsfeste und Verlässliche geht mehr und mehr verloren. Der typische Bildungspolitiker in Deutschland – rastlos, detailversessen und bürokratisch enthemmt – trägt Scheuklappen. Schon das Nebenan erscheint ihm wie ein fremder Stern.

Dass die Schulen zudem häufig in einem erbärmlichen Zustand und chronisch unterfinanziert sind, die Lehrer in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung missachtet und überwiegend mies besoldet, macht das Elend der Bildungspolitik vollkommen.

Schon die Darstellung des Regelungs-dickichts erfordert die Präzision und das Format eines Weltatlas. Allein die Grundschulzeit differiert zwischen vier, fünf oder sechs Jahren. Darauf türmen sich verwirrende Konstrukte von Hauptschulen, Mittelschulen, Sekundarschulen, Realschulen, Werkrealschulen und Realschulen plus, von Regionalschulen, Stadtteilschulen, Oberschulen, Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen und Verbundschulen, von Gymna-



sien und Aufbaugymnasien – mit dem Abitur nach zwölf oder nach 13 Jahren. Die Systeme sind zwei-, drei- oder viergliedrig.

In der einen Hälfte des Landes entscheiden die Lehrer über den Wechsel der Schüler aufs Gymnasium, in der anderen die Eltern. Die einen nehmen an einem Zentralabitur teil, die anderen nicht. Im einen Land schaffen es nur 33 Prozent der Schüler aufs Gymnasium, im anderen 46. An den Pennälern liegt das nicht. Es liegt am System – und das heißt: an der Politik.

Die kämpft entlang einer ideologischen Front: Wie lange lernen die Kinder in der Grundschule gemeinsam – vier, fünf oder sechs Jahre –, und wie durchlässig sind die

darauf folgenden Schulen für Spätentwickler? Das ist, grob klassifiziert, die Front zwischen rechts und links, zwischen konservativ-leistungsfixiert und progressiv-partizipatorisch.

Geschuldet ist dieser Bildungsirrsinn vor allem der Föderalismusreform: Sie überließ die Schulen vor vier Jahren komplett den Bundesländern. Und da deren Politiker immer weniger zu melden haben – viele Kompetenzen sind auf den Bund oder auf Europa übergegangen –, regeln sie die Schulen mit umso größerer Inbrunst. Annette Schavan, die Bundesministerin für Bildung, trägt diesen Titel nur noch zur Zierde, sie ist die machtloseste Figur in Angela Merkels Kabinett.

Seither grassiert gnadenlose Reformwut, mediokre Kirchturnspolitiker und profilierungssüchtige Ministerpräsidenten dürfen sich an den Schulen austoben. Zumal die Noten der Pisa-Tests im Wahlkampf Munition sind, Nachweis eines angeblich überlegenen Bildungssystems – und damit auch einer besseren Politik. Das Argument für den föderalen Wettbewerb, dass der nämlich das System insgesamt verbessere, ist längst widerlegt: Wer es sich leisten kann, entzieht seine Kinder dem Chaos an den öffentlichen Schulen und schickt

sie auf private oder kirchliche. Diese geradezu panische Fluchtbewegung spricht das klarste Urteil über die Kleinstaaterei – und schwächt das System zusätzlich.

Muss das, kann das so bleiben? Wer eine Verfassungsreform wolle, um dem Bund die zentrale Schulkompetenz zu übertragen, werde im Bundesrat alle 16 Länder, egal von wem regiert, gegen sich haben, sagen die Resignativen, die sich als Realisten geben. Das wollen wir doch mal sehen. Wo ist die Partei, die diese Kraftprobe wagt – mutig und unbeirrbar? Sie hätte das Volk hinter sich. Sie würde gewinnen. ✘

„Wenn Wissen Macht ist, dann dämmert das Land der Ohnmacht entgegen“